



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Herrn
Lars Rohwer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Patrick Graichen
Staatssekretär

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-6970
Fax +49 30 18 615-7064

BUERO-ST-GR@bmwi.bund.de

www.bmwk.de

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Mai 2022 Frage Nr. 337

Berlin, 01.06.2022

Seite 1 von 3

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Wie steht die Bundesregierung zu der Aussage ihres Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, dass ab 2045 das Gasnetz mit nicht-fossilen Brennstoffen betrieben werden soll (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/042211/73eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> Seite 65) und wie bewertet sie vor diesem Hintergrund, die Aufforderung des Staatssekretärs Graichen an die Stadtwerke zum Rückbau ihrer Gasnetze (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus238901851/Bundesregierung-will-deutsches-Gasnetz-schrittweise-aufloesen.html>) ?

Antwort:

Die Ziele des Klimaschutzgesetzes und der Bundesregierung erfordern auch die umfassende Dekarbonisierung der Energiebereitstellung in allen Sektoren auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität. Dies bedeutet, dass wir sukzessive und beschleunigt ab den 2030er Jahren aus der Nutzung fossilen Erdgases aussteigen werden.

Für den Wärmemarkt, in dem heute der Großteil des Erdgases eingesetzt wird, stehen neben Effizienzverbesserungen eine Reihe von Alternativen der



Seite 2 von 3

Nutzung Erneuerbarer Energien, wie die Elektrifizierung durch Wärmepumpen oder Wärmenetze zur Verfügung, die konsequent genutzt werden müssen. Wasserstoff wird hier aufgrund seiner Kosten und deutlich geringeren Effizienz allenfalls begrenzt zum Einsatz kommen.

Das hat Folgen für die Gasnetze. Viele Gasfernleitungen (Transport- und teilweise auch Verteilnetzleitungen) werden für ein bundesweites Wasserstoffnetz gebraucht werden. Ihre Umrüstung soll beschleunigt eingeplant werden. Gas-Verteilnetze, die heute primär zur Wärmeversorgung in weniger stark besiedelten Wohngebieten zum Einsatz kommen, werden aufgrund der steigenden Kosten und der sinkenden Zahl der Abnehmer eher nicht als Wasserstoffnetze wirtschaftlich betrieben werden können. Für das Ende ihrer Nutzung sollten die betroffenen Netzbetreiber rechtzeitig Vorsorge treffen.

Die verbindliche kommunale Wärmeplanung, die durch ein Bundesgesetz flächendeckend eingeführt werden soll, könnte hier eine wichtige Rolle einnehmen. Sie sollte die Gebiete benennen, die sich für eine Nah- und Fernwärmeversorgung bzw. eine dezentrale Versorgung auf Basis lokal verfügbarer Ressourcen (z.B. Umweltwärme) eignen. Eine explizite Ausweisung von Gasrückzugsgebieten – wie beispielsweise in der Energieplanung der Stadt Zürich – würde zusätzliche Planungssicherheit für Versorger, Netzbetreiber, Kommunen und Endkunden schaffen.

Aufgabe der Politik wird es sein, die notwendige verlässliche Grundsatzentscheidung zu treffen und die erforderlichen regulatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen.



Seite 3 von 3

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Patrick Graichen